



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juni 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 6 der Tagesordnung: Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2040 Vorlage: 2024/0524

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der stadteigenen kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Karlsruhe und seine Stadtteile bis 2040 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die weiteren Fachplanungen auf Basis der kleinräumigen Prognose durchzuführen sowie die Prognose alle drei Jahre fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (40 Ja, 2 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 4. Juni 2024.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die Bevölkerungsprognose zeigt Daten, über die wir nachdenken und die wir dringend in die Planung der nächsten Jahre einbeziehen müssen. Prägnant zunächst der Zuwachs der Älteren. Bis 2040 stärkster Zuwachs von allen Gruppen in Prozent um 19,4 Prozent, von den 65- bis 85-Jährigen, nämlich den Babyboomern, um 9.400 Personen mehr. Was bedeutet das für die Hausarztpraxen, für den KVV, für die Kultur, für Sportvereine, Wohnungen, barrierefreie Wohnungen, Altersarmut und die Pflege? Dem Seniorenbüro, dem Arbeitsausschuss ältere Generation, dem Pflegestützpunkt und dem Stadt seniorenrat wird ein immer größerer Stellenwert zukommen. Wir werden als GRÜNE darauf achten, dass die Stadt im Seniorenbereich genügend Ressourcen hat. Bezüglich der Pflege, es dürfte inzwischen allen bekannt sein, dass die Anzahl der Pflegeplätze in Karlsruhe rückläufig ist, obwohl sie deutlich zunehmen müsste.

Zuzüglich dazu, dass die Babyboomer im Zeitraum bis 2040 immer häufiger Pflege benötigen, kommt folgender unerwarteter Effekt, der von Lauterbach vor kurzem angesprochen wurde, nämlich eine unerwartete Explosion der Zahlen in der Pflege von erwarteten 50.000 Menschen plus 2023 auf das Vierfache oder Fünffache, nämlich auf 360.000. Aber auch die Anzahl der Kinder wird deutlich zunehmen. Bis 2040 gibt es ein überdurchschnittliches Wachstum der 30-Jährigen bis unter 40-Jährigen und damit natürlich auch der Kinder von

0 bis 3 Jahren um 1.375 Kinder, also um 18 Prozent. Wir brauchen also dringend einen neuen Aufbruch in Form von Kita- und Schulplätzen. PIA-Plätze ausbauen, heißt die Devise. Vor kurzem habe ich bezüglich Schulen erst erfahren, dass in der Südenschule das Sportzentrum am Zusammenbrechen ist und kein Sportunterricht mehr stattfinden kann im Augenblick. Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, welche Fraktion sich diesen Herausforderungen stellt. Wir GRÜNEN tun das.

Es gibt noch den zweiten Aspekt neben der Versorgung Älterer und kleiner Kinder. Ohne Kitaplätze, ohne Pflegeplätze kann ein Teil der Berufstätigen nicht arbeiten gehen und wird der Sorgearbeit nachgehen. Dies wäre ein enormer Standortnachteil für Karlsruhe. Daran werden wir uns messen müssen. Ich kann nur dazu aufrufen, dass die Frauen hier im Gemeinderat sich zusammenschließen an diesem Punkt, denn es sind immer noch wie vor die Frauen, die sich um die Sorgearbeit kümmern. Wir GRÜNE wollen gute Versorgung und Standortvorteile für unsere Stadt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Kollegin Anlauf hat wirklich alle wesentlichen Punkte, sogar sehr präzise mit Zahlen belegt, genannt. Das sind alles Politikbereiche, die unserer erhöhten Aufmerksamkeit gehören werden müssen. Das heißt aber auch, dass wir uns durchaus nicht nur über haushalterische Lösungen Gedanken machen müssen und können, sondern auch andere Dinge klären müssen. Da ist sicherlich ein Hauptproblem die Personalseite. Ich meine, man kann nicht fehlendes Personal in Kitas allein durch wirtschaftliche Mittel ersetzen. Hier muss auch ein Umdenken erfolgen. Das sind alles Dinge, die aber meines Erachtens für jeden Bereich sehr sorgfältig diskutiert und dann nachher in Entscheidungen umgesetzt werden müssen. Das ist eigentlich bei einem allgemeinen Bericht über die kleinräumige Bevölkerungsentwicklung jetzt verfrüht. Sie sagen nur völlig zu Recht, dass noch einiges auf uns zukommt.

Es kommt noch in einem anderen Bereich etwas auf uns zu. Hier wird ausgeführt, dass wir Bevölkerungswachstum haben werden. Aber wir müssen auch dringend das allseits immer wieder gern angesprochene Problem der bezahlbaren Wohnungen in den Blick zu rücken. Wir brauchen weit mehr als 10.000 Wohneinheiten, was manche Kreise hier in diesem Hause gerne verdrängen, aber es ist eben so. Ich will auch hier jetzt nicht in den Fehler verfallen, gleich die Lösungen bzw. die zum Teil schon geführten Diskussionskämpfe aufarbeiten, aber wir müssen wirklich effektiv was hinkriegen. Mit klein-klein wird es nicht getan sein.

Insgesamt aber ist eines wesentlich. Wir müssen uns der kurzfristigen Aufarbeitung dieser Prognosen hingeben. Das ist die Entscheidungsgrundlage für alle Ämter, aber auch für unsere Entscheidungen hier im Gemeinderat. Wir sehen schon dem nächsten Bericht entgegen, damit wir das feinabstimmen können. Danke an die Verwaltung für diese Mühen.

Stadtrat Hock (FDP): Kollegin Anlauf hat vieles Richtige gesagt, was wir genauso sehen, und der Kollege Pfannkuch hat natürlich heute einen wichtigen Punkt noch einmal angesprochen. Wir brauchen für 40.000 Leute, die mehr nach Karlsruhe kommen sollen, natürlich auch den entsprechenden Wohnraum, der für die Leute auch bezahlbar ist. Denn eines ist auch klar, 40.000 Leute, die dann in Karlsruhe mehr wohnen werden, werden natürlich auch zu der Wertschöpfung hier in Karlsruhe beitragen. Es werden neue Arbeitsplätze entstehen. Aber für uns als Stadtverwaltung und als Gemeinderat muss auch klar sein, dass wir natürlich dann auch die passenden Lösungen finden, den zu bauenden Wohnraum

oder auch den jetzigen Wohnraum so effektiver nutzen, in die Höhe zu bauen.

Herr Oberbürgermeister, wir sind schon an Lösungsansätzen dran, die wir natürlich auch in nächster Zeit und in dem neuen Gemeinderat zusammen diskutieren müssen. Und dass wir mehr Kindergartenplätze brauchen und dazu natürlich auch das nötige Personal, das ist klar. Der Kollege hat es angesprochen, dass nicht alles mit Geld abzudecken ist. Das sehen wir auch. Aber Lösungsansätze dazu müssen wir finden. Der wichtigste Ansatz ist für meine Fraktion definitiv die Schaffung des Wohnraumes. Das wird eines der dringendsten und größten Aufgaben für die Stadt Karlsruhe in den nächsten zehn Jahren sein.

Stadträtin Binder (DIE LINKE): Ich befürchte, dass diese Prognose weder uns in der Stadt noch in der Gesamtgesellschaft im Land viel nützt, weil ich wirklich meine Zweifel habe an manchen der Einschätzungen, wie sich unsere Gesellschaft entwickeln wird. Auf der einen Seite eine älter werdende Gesellschaft, alte Menschen ziehen nicht mehr um. Die bleiben dort, wo sie die vergangenen Jahrzehnte gelebt haben. Die versuchen, ihr soziales Umfeld zu erhalten, im Gegenzug zu jungen Menschen. Wir haben alle das Problem mit der Wohnungsnot in Karlsruhe bereits mehrfach diskutiert. Ich sehe nicht die Lösung darin, jetzt mehr als 10.000 neue Wohnungen zu bauen vor dem Hintergrund, dass die Stadt eh kein Geld hat. Wir können nicht einmal unsere kaputten Brunnen reparieren, wollen aber über 10.000 Wohnungen zur Verfügung stellen, um 40.000 zusätzlichen Menschen in Karlsruhe eine Bleibe zu verschaffen. Ich glaube nicht, dass das wirklich, wie soll man sagen, der Realität entspricht. Ich glaube auch nicht, dass die Gesellschaft so aufgestellt ist, dass wir in den nächsten Jahren so viel mehr an Babys kriegen werden, dass dieser Zuwachs an Kindern in der prognostizierten Zahl stattfinden wird.

Wir haben nach wie vor eine Situation, in der Menschen um ihre Sicherheit bangen, um Sicherheit weltweit, um Sicherheit in Europa, in Deutschland und um ihre ganz individuelle wirtschaftliche Sicherheit. In so einer Zeit setzen junge Menschen keine Kinder in die Welt, tut mir leid. Ich würde es mir anders wünschen, aber zum großen Teil halte ich diese Prognosen für viel zu optimistisch einerseits, und andererseits frage ich mich, warum muss Karlsruhe um weitere 40.000 Menschen wachsen. Es geht weiter um Versiegelung, es geht weiter um Bauprojekte, und da sehe ich tatsächlich den einen Ansatzpunkt, dass diese Prognose dazu dienen soll, weitere große Bauprojekte zu begründen, und das, wie gesagt, vor dem Hintergrund, dass die Stadt eigentlich kein Geld hat. Es gibt so viele Punkte, wo ich sagen muss, ob da die Statistiker tatsächlich die richtigen Vermutungen bezüglich unserer Zukunft anstellen. Es ist vielleicht der Wunsch der Vater des Gedanken, aber ich glaube nicht, dass es Sinn macht, diese Prognose auf der Basis fortzuschreiben. Deshalb können wir dem nicht zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Ich bin der Überzeugung, dass die Prognose absolut wichtig ist, dass wir planen müssen. Wir können nicht einfach sagen, mal gucken, wie es kommt. Gleichzeitig müssen wir uns aber bewusst sein, dass die Prognosen sehr wahrscheinlich nicht stimmen. Wir wissen über die vergangenen Jahre, dass Krisen, dass verschiedene Dinge einfach in die Welt kommen. Auf die können wir uns nicht einrichten. Aber trotzdem müssen wir planen. Deswegen ist es nicht anders möglich, als es so zu machen. Planen, trotzdem flexibel zu bleiben, das scheint mir wichtig zu sein.

Aber eins möchte ich an der Stelle noch anmerken. Es sind viele kluge Sachen schon gesagt worden. Es scheint zu sein in Karlsruhe, dass man sehr gut planen kann, dass man die

Dinge toll machen kann. Diese Umfrage hat mich zutiefst erschüttert, dass Karlsruhe ein hohes Niveau an Infrastruktur hat, und die Menschen sind völlig unzufrieden. Wir sind nur auf Platz 38 gewesen in Deutschland an Unzufriedenheiten. Der Karlsruher Bruddler hat offensichtlich ein breites Feld, um irgendwie unzufrieden zu sein. Selbst beste Planung wird uns nicht gelingen, die Karlsruher zufriedenzustellen. Ich schlage vor, wir werden eine Abteilung gründen, und zwar für Glücksforschung, Abteilung für zufriedene Karlsruher, dass hier an der Stelle etwas verändert wird. Das wäre mein Vorschlag.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da müssen wir uns, glaube ich, noch einmal darüber unterhalten, ob wir dafür das Geld haben, eine Stabsstelle für Glücksforschung. Was steht hier eigentlich zur Debatte? Wir beschließen, dass wir jetzt alle drei Jahre diese Prognose bekommen. Wenn man sich die Prognose anschaut, dann sieht man, dass es sinnvoll ist, weil gerade durch Corona sich einige Dinge völlig anders entwickelt haben, als man es vorher gedacht hat. Der Krieg in der Ukraine spielt wahrscheinlich auch eine Rolle. Wenn man sich einmal die Bevölkerungspyramide anschaut, dann fällt auf, dass eigentlich jetzt 30 Jahre nach dem Boom der Babyboom-Kinder der nächste Boom an Geburten anstehen würde. Also wenn man schaut, 30 Jahre nach der Babyboom-Generation kam dann der Peak bei deren Kindern, und dieser Peak fällt bis jetzt völlig aus. Das ist eigentlich überraschend, finde ich, also finden bestimmt viele andere auch. Die Frage ist halt, kommt es noch irgendwann? Ist es jetzt nur, weil die Leute länger brauchen, bis sie den richtigen Partner gefunden haben oder vielleicht später erst Kinder in die Welt setzen, weil sie erst ihre Karriere festigen wollen? Oder hat es auch was damit zu tun, eben mit Corona? Im Text steht, dass die Geburtenrate immer noch niedrig ist. Da muss man sich schon fragen, wieso und welche Auswirkungen hat es. Das ist, glaube ich, etwas, was wir wirklich angehen müssen, uns zu fragen, was wir eigentlich tun müssen, damit wir in dieser Stadt junge Eltern wieder ermutigen, Kinder zu kriegen, weil sonst wird es schwierig mit dieser Bevölkerungspyramide.

Was die Frau Binder gesagt hat, stimmt, glaube ich, nicht ganz. Die Stadt hat schon noch genug Geld, die Brunnen zu reparieren. Es liegt nur daran, dass man dafür die entsprechenden Leute auch braucht. Also es ist nicht so, dass die Brunnen nicht repariert werden, weil wir dafür kein Geld haben. Ich denke, für die wichtigen Dinge haben wir genug Geld und werden wir auch in den nächsten Jahren genug Geld haben. Dazu gehört auch, eine Willkommenskultur für Kinder zu schaffen. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig.

Was halt noch auffällt, wenn man sich die Bevölkerungswanderung auch in der Stadt anschaut oder auch wenn man sich das anschaut, ist extra dargestellt, der Zuzug erfolgt in der Regel in die Innenstadt und dann später gibt es viele, die sich eher an den Stadtrand verlagern. Das ist, glaube ich, auch normal. Als junger Mensch will man vielleicht eher in der Innenstadt sein, dort mehr erleben. Wenn man dann selber Kinder hat, ist es vielleicht im äußeren Bereich interessanter. Das sind Dinge, auf die man sich auch einstellen kann als Stadtverwaltung. Insgesamt sehr viele interessante Aspekte in diesem Bericht, allerdings, was man auch nicht vergessen darf, der Zuwachs kommt, weil neue Wohnungen gebaut werden, nicht umgekehrt.

Der Vorsitzende: Ich finde es bemerkenswert, dass wir jetzt hier diskutieren. Die einen gehen davon aus, dass Prognosen sowieso nicht stimmen, den anderen gefallen die Ergebnisse nicht, deswegen werden sie abgelehnt, und im Hauptausschuss ist die Vorlage einfach so durchgeflutscht, ohne eine kritische Frage an das, was wir eigentlich auf den Tisch

gelegt haben. Ich werte das mal so, dass grundsätzlich keine kritische Betrachtung der wissenschaftlichen Herangehensweise in dieser zugrunde gelegten Prognose hier existiert. Mir ist auch noch einmal wichtig festzustellen, dass nicht die Stadt Karlsruhe Wohnungen baut, sondern die Volkswohnung im Auftrag der Stadt und dass da auch eigentlich genug Geld vorhanden ist, um Wohnungen zu bauen. Nur im Moment sind die Rahmenbedingungen nicht so, dass man sie so bauen kann, dass man sie einigermaßen wirtschaftlich bauen kann und vor allem anschließend mit entsprechend günstigen Mieten an den Markt bringt. Deswegen findet jetzt eine Fokussierung auf die Sanierung des Altbestandes im Moment statt. Ich hoffe aber, dass wir das vielleicht nächstes Jahr schon wieder umdrehen können. Und nach wie vor werden gerade auch in diesem Jahr Hunderte von Wohnungen fertiggestellt werden. Für den privaten Wohnungsbau gelten ähnliche Mechanismen im Moment, das nochmal einfach, damit kein falscher Eindruck entsteht.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Damit haben wir eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. Juli 2024